



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

Tagesordnung II Punkt 21 der öffentlichen Sitzung am 22. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-V-37-0004

**Ersatzbeschaffung des Feuerlösch- und Hilfeleistungsbootes**

---

### Beschluss Nr. 0113

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1.1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- a. sich der gemeinsame Betrieb des Feuerlöschbootes der Städte Wiesbaden und Mainz bewährt hat und weiter fortgeführt werden soll.
- b. das bestehende Feuerlöschboot grundsätzlich zum Jahr 2025 einer Neubeschaffung bedarf.
- c. derzeit eine wirtschaftliche Chance besteht, eine interkommunale und länderübergreifende Beschaffung durchzuführen.
- d. das Land Rheinland-Pfalz bereits seine Zustimmung an Nordrhein-Westfalen für eine gemeinsame Beschaffung erteilt hat.
- e. ein Gremienbeschluss der Stadt Wiesbaden erforderlich ist sowohl für die Beschaffungszusage an NRW als auch für die Beantragung der Fördermittel der Beschaffungsmaßnahme beim Land Hessen.

- 1.2. Der Ersatzbeschaffung eines Feuerlöschbootes im Rahmen einer länderübergreifenden Ausschreibung mit dem Land Nordrhein-Westfalen wird grundsätzlich zugestimmt. Der Kostenanteil der Stadt Wiesbaden beläuft sich dabei auf 50% (ca. 2,5 Mio. Euro). Zusätzlich wird eine Landesförderung von 1 Mio. Euro erwartet.
- 1.3. Dezernat I/37 wird ermächtigt, vorab der Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2022/23 durch die Stadtverordnetenversammlung und vorab der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde eine Beschaffungszusage an das Land NRW zu erteilen.
- 1.4. Zur Absicherung der Beschaffungszusage der Stadt Wiesbaden wird in 2021 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2,5 Mio. € bei I.05673 „37 Neukauf Feuerlöschboot“ bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Verpflichtungsermächtigungen 2021 des Dezernates I. Die haushaltsrechtliche Abwicklung erfolgt durch Dezernat III/20 in Absprache mit Dezernat I.
- 1.5. Dezernat I/37 wird beauftragt, einen entsprechenden Fördermittelantrag beim Land Hessen zu stellen.

- 1.6. Dezernat I/37 wird beauftragt, die Maßnahme zum Haushaltsplan 2024/2025 anzumelden und rechtzeitig zum Haushaltsplanverfahren eine Folgekostenberechnung vorzulegen.

(antragsgemäß Magistrat 24.08.2021 BP 0678)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2021

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender